

# Deutschland kann mehr.

## Fortsetzung von Seite 6 (4. Mehr Wachstum durch Qualifikation und Elitenbildung)

Elitenförderung muss deutlich ausgebaut werden. Um den Hochschulen die Bildung eines eigenen wissenschaftlichen Profils zu ermöglichen, sollen sie in die Lage versetzt werden, alle ihre Studierenden selbst auszuwählen. Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen wird abgeschafft. Das Verhältnis von Professoren zu Studierenden liegt in deutschen

Hochschulen wie der Universität Köln bei 1:125. In Harvard liegt es bei 1:7. Die Folgen sind eine bundesdurchschnittliche Studiendauer von mehr als 16 Semestern und Abbrecherquoten von bis zu 90 Prozent in einzelnen Studiengängen. Ziel muss es sein, dass Studenten spätestens mit 24 oder 25 Jahren ins Erwerbsleben einsteigen. Die Hochschulen müssen endlich auch

für den Erfolg ihrer Lehrleistungen verantwortlich werden. Es müssen Verfahren entwickelt werden, die geeignet sind, potentielle Studienabbrecher sehr frühzeitig in andere Bildungsgänge zu bringen. Die CDU tritt dafür ein, das Studienfinanzierungs-System in Deutschland auf eine langfristig gesicherte Grundlage zu stellen. Das Verbot von Studiengebühren

im Hochschulrahmengesetz muss abgeschafft werden. Sozialverträgliche Gebühren stellen sicher, dass begabte junge Menschen alle Bildungsmöglichkeiten nutzen können, und geben den Hochschulen zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Studienbedingungen. Die CDU fordert für die vor uns liegende Dekade ein Hochschulsonderprogramm mit einem Volu-

men von 5 Mrd. Euro, um die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen beseitigen und die Forschungsmöglichkeiten sowie die Betreuungsrelationen verbessern zu können. Das Programm soll durch eine Reduzierung der Subventionen finanziert werden, die der Bundeskanzler zur Förderung der deutschen Steinkohle bis 2012 zugesagt hat.

## 5. Mehr Wachstum durch moderne Infrastruktur

Eine moderne Wirtschaft ist auf schnelle und preiswerte Mobilität angewiesen; unzureichende Verkehrsinfrastrukturen gehören zu den schädlichsten Wachstumsbremsen. Bei gleich gutem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland wäre die gegenüber dem Westen bestehende Produktivitätslücke um 10 Prozentpunkte niedriger. Die CDU

bewertet die von der Bundesregierung vorgenommene Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes als absolut unzureichend. Nach Angaben des Bundesforschungsministeriums beträgt der volkswirtschaftliche Schaden, der alleine durch stockenden oder stehenden Straßenverkehr entsteht, jährlich 100 Milliarden Euro. Um Bund und Länder beim

Verkehrswegebau nicht zu überfordern, tritt die CDU dafür ein, den Bundesfernstraßenbau auf breiter Front für private Finanzierungsmodelle zu öffnen. Ziel muss es sein, den Mittelaufwand für Investitionen in die Verkehrswege mittelfristig um 50 Prozent zu steigern. Um diese Mittel aufbringen zu können, muss die Bundesregierung schnellstmöglich die Einfüh-

rung der LKW-Maut in einem handwerklich sauberen Verfahren umsetzen. Die CDU-geführten Landesregierungen und die CDU-Landtagsfraktionen in den neuen Ländern werden im Laufe des Jahres 2004 eine kritische Bestandsaufnahme der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ vornehmen und auf dieser Grundlage einen „Aufholplan

Ost zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur“ erarbeiten. Zu einer modernen Infrastruktur zählt auch, dass Deutschland attraktive gesetzliche Bedingungen für Finanzdienstleistungen bietet. Überholte Regulierungen führen dazu, dass Finanzdienstleister ins Ausland abwandern und entsprechende Gewinne nicht in Deutschland versteuert werden.

## 6. Neue Wachstumsstrategien für Region im Strukturwandel

In Westdeutschland haben in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht wenige Regionen mit überalterten Industriestrukturen schmerzhaft Wandlungsprozesse verkraften müssen. Dieser Strukturwandel hat das Gebiet der ehemaligen DDR insgesamt betroffen. Es gibt dort inzwischen hervorragende Beispiele eines gelungenen Strukturwandels. Es sind aber noch zahlreiche Regionen von gezielter För-

derung abhängig, um eine ausreichende Wirtschafts- und Wachstumskraft entfalten zu können. Dies gilt auch für einige Regionen in Westdeutschland, die den Strukturwandel noch nicht aus eigener Kraft bewältigt haben. Zur Bewältigung des Strukturwandels muss den betroffenen Regionen die Möglichkeit eröffnet werden, mehr Freiheit für eigene Wege gehen zu können,

wenn dies erfolgversprechend erscheint. Die CDU tritt daher dafür ein, zur gezielten Förderung von industriellen Ansiedlungen und Investitionen in den einschlägigen Bundesgesetzen Öffnungs- und Experimentierklauseln zu schaffen, die z.B. vereinfachte und schnellere Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren ermöglichen. Die Fördermaßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels

müssen stärker Schwerpunkte bilden, die gezielt die Wachstumspole einer Region stärken. Um solche Pole herum bilden sich Netzwerke von Zulieferern und Dienstleistern; darüber hinaus entstehen „Abstrahleffekte“ dieser Zentren in das Umland. Der wirtschaftliche Strukturwandel gelingt dort am ehesten, wo viele selbständige Existenzen gegründet werden, die neue Ar-

beitsplätze schaffen. Deutschland braucht hier einen Mentalitätswandel hin zur „zweiten Chance“. Wer im ersten Anlauf als Existenzgründer scheitert, darf nicht gesellschaftlich stigmatisiert werden, sondern muss eine zweite Chance erhalten. Der Förderung selbstständiger Existenzen insbesondere im Hinblick auf die Eigenkapitalausstattung muss deshalb hohe Priorität eingeräumt werden.

## 7. Wachstumschancen durch die EU-Erweiterung

Durch die Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten Mittel- und Osteuropas wächst Deutschland auch wirtschaftspolitisch aus seiner Randlage heraus und wird dann von EU-Partnern umgeben sein. Gerade wir Deutschen werden von der EU-Erweiterung erheblich profitieren, weil sich dadurch neue Marktchancen erschließen

und Arbeitsplätze in Deutschland gesichert oder sogar neu geschaffen werden. Dies gilt insbesondere auch für den Mittelstand. Gerade die Beitrittsländer an der Ost- und Südostgrenze Deutschlands sind ein vielversprechender Wachstumsmarkt sozusagen „vor der eigenen Haustüre“. Insbesondere im Bereich der Anlagen- und Investitionsgüter und

nachfolgend im Bereich der Service- und Reparaturdienstleistungen eröffnen sich große Chancen, zu mehr Wachstum in Deutschland zu kommen. Im Rahmen der EU-Erweiterung muss sichergestellt werden, dass kein Verdrängungswettbewerb im Niedriglohnbereich entsteht. Unsere Bemühungen zur Stärkung des Niedriglohnbereichs durch die

Kombination von Transferleistungen und regulärer Arbeit haben gerade für den Grenzbereich zu den neuen EU-Mitgliedsländern existentielle Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Beitritts weiterer Länder zur Europäischen Union ist die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament besonders wichtig. Die Mitglieder der

CDU/CSU-Gruppe der Fraktion der EVP im Europäischen Parlament werden unmittelbar nach der Europa-Wahl weitere Initiativen für die Grenzregionen ergreifen. Zum Jahreswechsel 2004/05 werden sie einen Bericht über die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Arbeitnehmer und Betriebe in den Grenzregionen vorlegen.

## 8. Mehr Wachstum durch modernes Regieren und Verwalten

In Deutschland wird zuviel Arbeitskraft und werden zu viele Finanzmittel dafür aufgewandt, bürokratische Regelungen zu befolgen. Unser Land steht in der durchaus konkreten Gefahr, dass wirtschaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit durch staatliche Reglementierung und büro-

kratischen Perfektionismus erstickt werden. Mehr wirtschaftliches Wachstum wird nur dann entstehen können, wenn es gelingt, den Wust an Vorschriften, Verordnungen und Regelungen grundlegend auszudünnen und auf das unbedingt Notwendige zu beschränken. Dies setzt freilich

voraus, dass der Verwaltung vor Ort ein weitaus höheres Maß an Ermessensspielräumen eingeräumt wird, als dies gegenwärtig der Fall ist. Verwaltungsvorschriften sollen künftig mit einer zeitlichen Befristung versehen werden, um eine regelmäßige Überprüfung ihrer Praktikabilität bzw.

ihrer Notwendigkeit zu gewährleisten. Eine CDU-geführte Bundesregierung wird die bestehenden Gesetze, Verordnungen und Vorschriften mit dem Ziel entzupfen, den Bestand um 50 Prozent zu reduzieren. Die Föderalismuskommission des Bundes und der Länder ist aus

Sicht der CDU ein wichtiges Instrument, Transparenz und klare Zuständigkeiten zu schaffen sowie Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Auf diese Weise können unnötige Kosten vermieden und zusätzliche wirtschaftliche Dynamik entfaltet werden.